

Friedensbündnis Esslingen



EU - Friedensprojekt oder Militärunion mit geopolitischen Ambitionen?

Befragung der Kandidaten zur Wahl des Europäischen Parlaments 2019

Dienstag, 14. Mai 2019

19.30 Uhr

Salemer Pflegehof

Esslingen

Untere Beutau 8 - 10

Andreas Zumach, Journalist, UNO-Korrespondent für taz und andere Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten aus Genf befragt die Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl:

Michael Moroff, CDU, Leonberg

Evelyne Gebhardt, SPD, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Künzelsau

Roland Fink, FDP, Fellbach

Claudia Haydt, DIE LINKE, Tübingen

Dr. Nicolás Lutzmann, Bündnis 90 / Die Grünen, Heidelberg

Veranstalter: Friedensbündnis Esslingen in Zusammenarbeit mit der Katholischen Erwachsenenbildung im Landkreis Esslingen, dem Evangelischen Bildungswerk Kreis Esslingen, DGB Kreisverband Esslingen-Göppingen und GEW Kreis Esslingen-Nürtingen

Friedensbündnis c/o Adalbert Kuhn, Julius-Motteler-Str. 4, 73728 Esslingen,
Tel. 0711 - 3 50 83 91; E-Mail: AdaKuhn@t-online.de

EU - Friedensprojekt oder Militärunion mit geopolitischen Ambitionen?

Befragung der Kandidaten zur Wahl des Europäischen Parlaments 2019

Dienstag, 14. Mai 2019, 19.30 Uhr

Salemer Pflegehof, Esslingen, Untere Beutau 8 - 10

Im Vorfeld zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019 werden Kandidaten zum Thema Europäische Union und Frieden befragt. 2012 erhielt die EU den Friedensnobelpreis für ihren Einsatz für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa. Bei der Preisverleihung begründete das norwegische Nobelkomitee seine Entscheidung mit der stabilisierenden Rolle der EU bei der Umwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem Kontinent des Friedens. Inzwischen fordert Frankreichs Präsident Macron eine „echte europäische Armee“. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel plädiert für eine deutlich engere militärische Kooperation in der EU. Vieles lässt darauf schließen, dass das Haus Europa mit seinem Wohlstand verteidigt werden soll gegen die übrige Welt. Abschottung der Grenzen gegen MigrantInnen und Verteidigung der weltweiten Infrastruktur für Welthandel gehören dazu, wie auch die Betonung der Sicherheit statt weltweiter Solidarität. Die KandidatInnen werden befragt, für welche EU sie sich im Europäischen Parlament einsetzen wollen und wie.